

Freie Demokraten

Landesverband
Bremen **FDP**

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Bremen vom 19. August 2020

Positionspapier der FDP Bremen

Zurück zur Normalität

Die Corona-Krise hält nun bereits seit Mitte März an. Schulen wurden geschlossen, Kinder konnten nicht mehr in die Kindergärten. Eltern mussten ihre Kinder zuhause betreuen und stehen nun vor der Herausforderung, dass trotz zunehmender Rückkehr an den Arbeitsplatz die Kinderbetreuung nach wie vor nicht sichergestellt ist. Alte Menschen haben in der letzten Phase ihres Lebens seit Monaten keinen Angehörigenbesuch mehr. Gastronomie und Einzelhandel mussten schließen, Messen und Volksfeste konnten nicht stattfinden. Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Schaden ist enorm.

Wir Freien Demokraten haben die Notwendigkeit einer entschlossenen Reaktion damals, nicht zuletzt auch aufgrund der in dieser Form unbekannt und bedrohlichen Situation mitgetragen und wissen, dass diese Bedrohungslage nach wie vor vorhanden ist. Es zeichnet sich allerdings ebenfalls ab, dass dieses Virus vermutlich nicht in wenigen Wochen oder Monaten verschwunden sein wird. Für uns Freie Demokraten ist es keine Option, weiterhin auf jede neue Tagesmeldung mit neuem Aktionismus zu reagieren und ohne Perspektive darauf zu hoffen, dass diese Phase irgendwann vorbei geht.

Im Gegenteil zeichnet sich ab, dass wir als Gesellschaft lernen müssen, mit dieser neuen Lage verantwortungsbewusst umzugehen und Antworten darauf finden müssen, wie das gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche Leben perspektivisch wieder zu einer Normalität zurückfinden kann. Wir dürfen uns nicht von diesem Virus regieren lassen, vielmehr müssen wir uns anpassen und lernen, auch unter diesen neuen Rahmenbedingungen wieder ein Stück weit Normalität zu ermöglichen. Es müssen dringend Lösungen erarbeitet werden.

Konkret fordern wir Folgendes:

- 1. Es muss Schluss sein mit Handeln über Verordnungen und Allgemeinverfügungen – die demokratisch gewählten Parlamente müssen ihre verfassungsgemäßen Kompetenzen zurückerlangen und wieder gesetzgeberische Entscheidungen treffen, so wie es unser Grundgesetz vorsieht.**
- 2. Wir brauchen Solidarität mit den durch dieses Virus besonders belasteten Bevölkerungsgruppen. Das sind sicherlich die Risikogruppen, das sind aber genauso auch die Kinder, deren Zukunft durch Schul- und KITA-Ausfall verspielt wird. Heimbefuche müssen unter strengen Auflagen wieder ermöglicht werden, Schulen und KITAS müssen dringend wieder im Regelbetrieb laufen, damit alle Familien entlastet werden. Hier ist z.B. denkbar, dass mit der Bitte um Mehrarbeit auf jüngere Lehrkräfte, Lehrunterstützung aus der Wirtschaft und aktuell verfügbare Arbeitskräfte (wie fachlich geeignete Pensionäre und evtl. noch kurzfristig zu schulende Kurzarbeiter mit geeignetem Profil) zugegangen wird. Diese Helfer in der Not sollen mit vorübergehend steuerfreien Zuverdienstmöglichkeiten belohnt werden. Z.B. ist Lernen in Kleingruppen dann wieder möglich.**
- 3. Wir brauchen mehr Freiheit und Selbstverantwortung. Der Staat soll Restriktionen, Überwachung und Bestrafung unterlassen und stattdessen sein Engagement verstärken, die Bürgerinnen und Bürger sachlich und auf Basis von Fakten aufzuklären. Mündige, erwachsene Bürgerinnen und Bürger müssen wieder in die Lage versetzt werden, eigenverantwortlich Entscheidungen für ihr Leben zu treffen.**

Schlussendlich muss, um die Krise in den Griff zu bekommen, konsequent – auch prophylaktisch - getestet und beim Aufkeimen von Hot Spots schnell und lokal begrenzt gehandelt werden. Ein weiterer Lockdown muss unbedingt vermieden werden. Die Kollateralschäden sind jetzt schon massiv und werden uns bis über die nächste Generation beschäftigen – weltweit.